

Wrobel, Ralph

Working Paper

Energiewende ohne Markt? Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2011-01

Provided in Cooperation with:
OrdnungsPolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Wrobel, Ralph (2011) : Energiewende ohne Markt? Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2011-01, OrdnungsPolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/56599>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

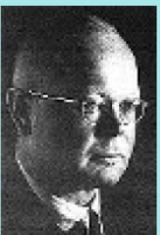
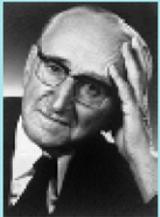
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy



Ralph Wrobel

Energiewende ohne Markt?
Ordnungspolitische Perspektiven für
den deutschen Stromsektor

Diskurs 2011 – 1

Ralph Wrobel

Energiewende ohne Markt?

Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor

Zusammenfassung

Durch die Katastrophe von Fukushima im Frühjahr 2011 ist ein beschleunigter Atomausstieg in Deutschland beschlossen worden. Parallel steigen die Öl- und Benzinpreise dramatisch aufgrund der politischen Instabilität in der arabischen Welt. Grund genug für eine grundlegende Energiewende mit neuer staatlich gelenkter Energiepolitik? Grundsätzlich ja, aber warum ohne Markt? Der deutsche Energiemarkt besteht aus mehreren miteinander verbundenen Märkten, dem für Strom, für Heizenergie (insbesondere Heizöl und Gas) und für Mobilitätsenergie (Benzin etc.). Diese sind größtenteils durch regionale Monopole, Oligopole oder Netzstrukturen gekennzeichnet. Enorme staatliche Eingriffe wie Subventionen und Regulierungen ergänzen das Bild. Schnelle und effiziente Anpassungen sind in einem solchen Innovationssystem nicht zu erwarten. Auch die von Bundeskanzlerin Merkel eingesetzte Energiekommission hat keine entsprechenden Vorschläge gemacht. Diese sind zudem noch nicht alle umgesetzt. Deutschland braucht daher ein marktwirtschaftliches Energiekonzept. Die Ordnungspolitik, basierend auf der Marktordnung Walter Euckens, ist in der Lage ein solches marktwirtschaftliches Konzept für die Energiewende in Deutschland bereitzustellen. Wie es für den Stromsektor aussehen kann, wird hier diskutiert.

Keywords:

Energiemärkte, Soziale Marktwirtschaft

Ralph Wrobel

Energiewende ohne Markt?

Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor

1. Problemstellung

Durch die Katastrophe von Fukushima im Frühjahr 2011 ist ein beschleunigter Atomausstieg in Deutschland beschlossen worden, ja sogar eine „Energiewende“. Bundeskanzlerin Merkel formulierte bereits am 29.3.11: *„Wir müssen schneller in das Zeitalter der erneuerbaren Energien kommen!“*¹ Dafür solle eine „schlüssige Energiewende“ durch eine Ethik-Kommission erarbeitet werden. Parallel steigen die Öl- und Benzinpreise dramatisch aufgrund der politischen Instabilität in der arabischen Welt, Grund genug für eine grundlegende Energiewende. Aber warum ohne Markt? Der deutsche Energiemarkt besteht aus mehreren miteinander verbundenen Märkten, dem für Strom, für Heizenergie (insbesondere Heizöl und Gas) und für Mobilitätsenergie (Benzin etc.). Diese sind größtenteils durch regionale Monopole, Oligopole oder Netzstrukturen gekennzeichnet. Enorme staatliche Eingriffe wie Subventionen und Regulierungen ergänzen das Bild. Schnelle und effiziente Anpassungen sind in einem solchen Innovationssystem nicht zu erwarten.

Deutschland braucht daher ein marktwirtschaftliches Energiekonzept. Die Ordnungspolitik, basierend auf der Marktordnung Walter Euckens, ist in der Lage ein solches marktwirtschaftliches Konzept für die Energiewende in Deutschland bereitzustellen. Wie eine solche marktwirtschaftliche Energiepolitik aussehen kann, soll daher hier beschrieben werden. Dabei wird auf den Strommarkt fokussiert, der durch ganz besondere Vermachtung, Vernetzung sowie Subventionierung und Regulierung gekennzeichnet ist. Dafür wird zunächst die Struktur des Strommarktes in Deutschland beschrieben. Dabei werden auch die Steuern, Subventionen und Regulierungen kurz dargestellt. Anschließend wird eine marktwirtschaftlich orientierte Energiepolitik diskutiert. Dazu werden den Ergebnissen der „Ethik-Kommission“ der Bundesregie-

¹ Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg (o.J.).

rung sowie deren bisheriger Umsetzung ordnungspolitische Alternativen, basierend auf Walter Euckens Marktordnung, gegenübergestellt.

2. Die deutschen Energiemärkte

2.1 Struktur des deutschen Strommarktes

Die Struktur der Energiemärkte in Deutschland ist insbesondere durch regionale Monopole auf dem Strommarkt gekennzeichnet.² Zwar herrscht im Bereich Verkauf an Endkunden ein reger Wettbewerb in Deutschland. So gibt es für die Stromleitungen eine Öffnung durch EU-Richtlinien von 1996 und 2003, die eine Durchleitungsgebührenkontrolle durch die Bundesnetzagentur vorsehen. Andererseits ist die Stromproduktion massiv vermachtet. So beherrschen spätestens seit den Fusionen von 2003 vier große Kraftwerksbetreiber (RWE, Eon, Vattenfall und EnBW) mit 77% an der gesamten Stromerzeugung (2006) den Markt. Das ist im europäischen Vergleich zwar durchschnittlich - in Frankreich oder Griechenland gibt es sogar vollständige Monopole – aber durchaus nicht zufriedenstellend.³

Eine marktwirtschaftliche Preisbildung sollte durch die Einführung der Strombörse in Leipzig (EEX AG – European Energy Exchange) erreicht werden. Aber es liegen durch die Besonderheiten des Strommarktes einige besondere Probleme vor. So kann Strom nicht gespeichert werden und die Nachfrage ist unelastisch sowie volatil. Die Funktion der Leipziger Börse ist es deshalb, die Angebote für einzelne Stunden des Folgetages zu bestimmen. Dazu werden aggregierte Angebotsfunktionen aus den Grenzkostenfunktionen der einzelnen Kraftwerke bestimmt.⁴ Doch bei diesem Verfahren gibt es zahlreiche Hinweise auf Machtmissbrauch. So strengte die EU-Kommission (2007/2008) ein Kartellverfahren gegen Eon wegen des Verdachts der „Kapazitätszurückhaltung“ an. Von Kapazitätszurückhaltung wird dann gesprochen, wenn von einem Stromproduzenten die Kapazitäten eines oder mehrerer Kraftwerke nicht angeboten werden, obwohl dieses zum Marktpreis profitabel Strom produzieren könnte. Zweck dieser Zurückhaltung ist es immer, den Marktpreis zu erhöhen („monopolistische Preisbildung“). In einem Vergleich erklärte sich Eon bereit, 1/5 sei-

² Vgl. Monopolkommission (2010), S. 15.

³ Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (2008).

⁴ Vgl. Ockenfels (2007), S. 44 - 45

ner Erzeugungskapazitäten zu veräußern.⁵ Doch das ist keine Lösung. Die Gewinne aus der monopolistischen Preisbildung sind nämlich enorm: Die Stromproduzenten konnten so zwischen 1950 und 2008 durch Marktmonopolisierung Zusatzgewinne von ca. 35,7 Mrd. Euro verdienen.⁶

Die Leipziger Strombörse ist offensichtlich nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen. Hinzu kommt, dass die Börse seit 2009 nicht mehr behördlich beaufsichtigt wird. So kam es durch die Verschmelzung der EEX Power Spot GmbH mit der französischen EPEX Spot SE zu Rechtsmängeln, die weder eine Aufsicht durch französische noch deutsche Behörden ermöglichten. Ein konkretes Verbot des Insiderhandels für die Strombörsen fehlt in Deutschland ebenso wie ein explizites gesetzliches Verbot Stromerzeugungskapazitäten zurückzuhalten. Dadurch ist der Strommarkt stark vermachet. Die Liberalisierung der Strommärkte hat so nur zu einer Ausbeutung der Verbraucher durch die monopolistisch agierenden Stromkonzerne geführt.⁷ Die Liberalisierung ohne einen wettbewerbspolitischen Rahmen durchzuführen, war daher falsch und kann als weitestgehend gescheitert betrachtet werden.

2.2 Regulierung und Subventionierung des deutschen Strommarktes

Insbesondere mit ökologischen Begründungen wird zusätzlich massiv in den Strommarkt interveniert. Grundsätzlich als marktwirtschaftlich ist dabei der Handel mit CO₂-Emissionszertifikate zu erwähnen. Seit 2005 existiert EU-weit ein Emissionshandel für Unternehmen, der durch das Prinzip des *cap & trade* – beschränken und handeln – gekennzeichnet ist. So werden ökonomische Anreize ausgesendet, den Ausstoß schädlicher Klimagase dort zu senken, wo es am effizientesten ist. Allerdings gibt es zahlreiche Sonderregelungen für energieintensive Industrien, welche zu einer starken Verzerrung des Wettbewerbs führen.⁸ Ebenso wirkt die Förderung „bekannter“ regenerativer Energien verzerrend. So ist von allen Stromkunden eine Einspeisevergütung für regenerative Energien in Höhe von zwei Cent pro kWh für Wind- und Solarenergie abzugeben. Diese Vergütungen sind sehr langfristig konzipiert. Hinzu kommen Subventionen von etwa sechs bis sieben Mrd. Euro (2010) für die Photovol-

⁵ Vgl. Canty / Lüdemann (2010).

⁶ Vgl. Forum für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2010), S. 5.

⁷ Vgl. Lüdemann (2011), S. 43.

⁸ Vgl. Jänsch/Vossler (2011), S. 1.

taik, trotz minimalen Anteils am Strommix. Ob diese langfristige Subventionierung sinnvoll ist, kann bezweifelt werden, so werden bereits heute die die Umweltfolgen von Offshore-Windparks diskutiert. Die Förderung von Biodiesel und anderen nachwachsenden Rohstoffen zur Stromerzeugung führen zu Preissteigerungen auf Lebensmittelmärkten. Das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) und das Kraft-Wärmeenergie-Koppelungs-Gesetz (KWKG) sind dabei CO₂-bezogen redundant aufgrund des Emissionshandels, schränken aber den Finanzspielraum der Klimapolitik ein.⁹

Aber auch die Atomenergie wird kontinuierlich massiv staatlich gefördert. So wurden zwischen 1950 und 2008 ca. 61 Mrd. Euro Steuergelder für Forschung, Endlagersuche, Castor-Transporte etc. in die Atomenergie investiert. Hinzu kommen ca. 68,3 Mrd. Euro für Steuervergünstigungen durch Rückstellungen.¹⁰ Zudem profitieren die Atomkraftwerke von einer faktischen Befreiung von der Haftpflicht. Gemäß einer Studie der Bundesregierung würde es bei einem schweren Kernschmelzunfall in einem deutschen Atomkraftwerk zu Schäden von bis zu 5.500 Milliarden Euro kommen. Die Haftpflicht der Atombetreiber ist aber auf 2,5 Milliarden Euro gedeckelt, ansonsten haften sie mit ihrem Vermögen. Da dies aber niemals ausreichen würde, um einen umfangreichen Schaden abzudecken, laufen alle deutschen Atomkraftwerke quasi ohne ausreichende Haftpflichtversicherung.¹¹ Damit können aber die Preise der einzelnen Energiearten nicht mehr die Signale aussenden, die sie in einem marktwirtschaftlichen System müssten, Signale der relativen Knappheit! Externe Kosten wären hingegen zu internalisieren, um den Preismechanismus wieder funktionsfähig zu machen.

3. Eine marktwirtschaftlich orientierte Energiepolitik

3.1 Die bisherige „Energiewende“

Grundlage jeder deutschen Energiepolitik sind die drei energiepolitischen Ziele: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit sowie Umweltverträglichkeit.¹² Basierend darauf hat auch die Ethik-Kommission der Bundesregierung

⁹ Vgl. Monopolkommission (2010), S. 13.

¹⁰ Daten aus: Forum für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2010), S. 5. Eigene Berechnungen, da zahlreiche Punkte aus den Berechnungen des Berichtes nicht nachvollziehbar sind.

¹¹ Vgl. Reisel (2007), S. 53.

¹² Vgl. dazu z.B. DIW (2007).

im Frühjahr 2011 ihre Empfehlungen formuliert. Erster Kernpunkt ist ein dirigistischer Atomausstieg. So sollten von der Bundesregierung die sieben ältesten Atomkraftwerke umgehend stillgelegt werden, unabhängig von ihrer tatsächlichen technischen Qualität und ihres tatsächlichen Sicherheitsrisikos. Zudem empfahl die Energie-Kommission der Bundesregierung eine Erweiterung der Subventionen, konkret eine umfangreiche Aufstockung der Förderungen für Gebäudesanierung und die Abschaffung stromfressender Altelektronik sowie den Ausbau regenerativer Energien und den Neubau von Gaskraftwerken. Hinzu sollen ordnungsrechtliche Vorgaben der Produktqualität kommen und „intelligente Stromzähler“ eingeführt werden. Der von der Energie-Kommission empfohlene Aufbau einer nationalen Strom-Versorgungsreserve in Höhe einer halben Jahresproduktion erfordert zudem den Aufbau von Stromspeichern, d.h. zunächst eine entsprechende Forschungsförderung. Bürokratisch erscheint zudem die Empfehlung, einen parlamentarischen Beauftragten und ein „Nationales Forum Energiewende“ zur gesellschaftlichen Begleitung zu schaffen.¹³

Davon hat die Bundesregierung bisher nur wenig umgesetzt. Die sieben alten Atomkraftwerke bleiben abgeschaltet. Des Weiteren werden alle anderen deutschen Atomkraftwerke bis spätestens 2022 in Reihenfolge *„ihres verbleibenden Risikos und ihrer Bedeutung im regionalen Stromnetz“* vom Netz genommen. Eines der abgeschalteten Kraftwerke wird jedoch als „Kaltreserve“ für Engpässe weiter genutzt.¹⁴ Eine umfangreiche Aufstockung der Förderungen für Gebäudesanierung und die Abschaffung stromfressender Altelektronik sowie den Ausbau regenerativer Energien und den Neubau von Gaskraftwerken hat es hingegen bisher nicht gegeben. Ganz im Gegenteil, die Solarförderung soll sogar gesenkt werden. Wie Atomausstieg und Energiewende konkret aussehen sollen, ist daher immer noch unklar.

3.2 Ordnungspolitische Alternativen

Anstelle all dieser dirigistischer Maßnahmen sollte aus ordnungspolitischer Sicht eine Strategie der Marktöffnung, Entflechtung und Stärkung der Monopolaufsicht eingeführt werden. So hat bereits die Monopolkommission in ihrem Bericht „Strom und

¹³ Zitiert nach Schwägerl (2011).

¹⁴ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg (o.J.).

Gas 2009“ neue Vorschriften zur Transparenz des Börsengeschehens an der Leipziger Strombörse gefordert, ebenso wie die Einführung eines „systematischen Markt Monitoring“ zur Aufdeckung von wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens. Wichtig wäre ihrem Bericht zufolge zudem eine Vereinheitlichung der Netzregulierung durch Bundesnetzagentur und Landesnetzagenturen, eine Verstärkung der Fusionskontrolle im Stromsektor sowie eine verstärkte Entflechtung der Stromkonzerne, da die freiwilligen Verpflichtungszusagen in Missbrauchsverfahren der EU mangelhaft sind.¹⁵

Ordnungspolitisch müsste eine Entflechtung der marktbeherrschenden Großkonzerne durch eine Trennung von Netz und Produktion begleitet werden. Außerdem ist die Aufsicht über Strombörse konkret zu verbessern, indem ein Insiderhandelsverbot und ein Kapazitätsrückhaltungsverbot eingeführt werden. So könnte es zu einer effizienten Stromproduktion zu Marktpreisen kommen. Der Strom würde dann effizient über die Strombörse gehandelt, da keine Anreize zur Kapazitätzurückhaltung mehr vorliegen. Diese Effizienzgewinne könnten wiederum zum Klimaschutz genutzt werden.¹⁶

Ein weiterer wichtiger ordnungspolitischer Punkt ist zudem die Internalisierung negativer externer Effekte. Deutschland ist weltweit einer der größten Energieverbraucher, insbesondere durch schlecht gedämmte Immobilien.¹⁷ Diesem kann durch kontinuierliche Emissionsrechte-Verknappung und eine Anhebung technischer Mindeststandards für entsprechende Produkte entgegengewirkt werden. Dann würden die steigende Energiepreise tatsächliche Anreize zum Energiesparen bieten. Teure Subventionen könnten vermieden werden. Doch auch alle Kosten der Atomenergie (z.B. für Endlager etc.) sind parallel auf die Betreiber derselben zu übertragen. Insbesondere wäre die schrittweise Einführung einer umfassenden Haftpflicht für alle Atomkraftwerke notwendig. Dies würde einen marktwirtschaftlichen Ausstieg aus der Atomenergie bewirken, bei dem die konkreten Produktionsleistungen und Sicherheitsrisiken der einzelnen Atomkraftwerke entscheidend wären, jedoch nicht ihr Alter in Jahren.

Zuletzt ist aus ordnungspolitischer Sicht ein Subventionsabbau zu fordern. Die Ethik-Kommission der Bundesregierung sieht: „*enorme technische, ökonomische und ge-*

¹⁵ Vgl. Monopolkommission (2010), S. 19 – 22 und 31.

¹⁶ Vgl. dazu auch Lüdemann (2011), S. 47.

¹⁷ Vgl. Heizspiegel (2010).

*sellschaftliche Chancen für die weitere Profilierung Deutschlands als Exportnation im Hinblick auf nachhaltige Produkte und Dienstleistungen*¹⁸. Aber fördern wir mit EEG und KWKG die „richtigen“, wirklich zukunftsfähigen Technologien? Und, wird die Welt unsere Technologien tatsächlich in absehbarer Zeit nachfragen? All dies ist unsicher und kann die deutsche Industrie auf ein technologisches Abstellgleis befördern. Dadurch werden die Möglichkeiten heute noch unentdeckter technischer Lösungen der Energiefrage systematisch unterschätzt.¹⁹ Deshalb ist stattdessen der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zu nutzen. Eine Preisentwicklung der Energieformen entsprechend ihrer Knappheit und eine breite Förderung der grundlegenden Energieforschung würden Investitionen in verschiedene neue Technologien (energieträgerneutral und technologieoffen) lenken und dadurch nicht nur die Versorgungssicherheit in Deutschland erhöhen, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Energieproduktion verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erhöhen und gleichzeitig die Umweltbelastungen senken.

4. Fazit

Was auch immer wir tun werden, die Energiepreise werden steigen! Aber wie reagieren wir auf diese Entwicklung? Stärken wir die Souveränität der Konsumenten in Deutschland und fördern wir die Innovationstätigkeit unserer Industrie? Oder intervenieren wir weiter in die Energiemärkte hinein, subventionieren und dirigieren? Aus ordnungspolitischer Sicht können marktwirtschaftliche Strukturen die Kosten für die Energiewende zumindest minimieren. Deshalb sind offene Energiemärkte mit schneller und effizienter Reaktion auf Nachfrageänderungen notwendig, ebenso eine Verstärkung der Energiepolitik zur Planungs- und Investitionssicherung sowie eine weitere Europäisierung der Aufsicht und Deregulierung von Energiemärkten. Dann hätte die Energiewende in Deutschland auch diesen Namen verdient.

¹⁸ Zitiert nach Schwägerl (2011).

¹⁹ Vgl. Monopolkommission (2010), S. 14.

Literatur:

Canty, Kevin; Lüdemann, Volker (2010) Strompreisbildung ohne Aufsicht, in: FAZ.net (vom 23.11.2010), online: www.faz.net/-01r0dk.

DIW [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung] (2007) Die Energiepolitik zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit, in: DIW (Hrsg.): Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung 76 (1).

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.) (2010) Staatliche Förderungen der Atomenergie im Zeitraum 1950 – 2010, Berlin.

Heizspiegel (2010) Vergleichswerte zu Heizenergieverbrauch, Heizkosten und CO₂-Emissionen für das Abrechnungsjahr 2009, online: http://www.heizspiegel.de/file-admin/heizspiegelkampagne/Flyer_BWHSP/BWHS_2010/Heizspiegel_Bundesweit_2010_web.pdf.

Institut der deutschen Wirtschaft (2008) Strommarkt: Liberalisierung läuft, online: <http://www.iwkoeln.de/Publikationen/iwd/Archiv/tabid/122/articleid/22574/language/en-US/Default.aspx>.

Jänsch, Janina; Vossler, Christian (2011) Eine Energiewende zum Nulltarif ist ein Hirngespinnst, Institut für Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Ordnungspolitischer Kommentar 05/2011.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o.J.) Die Energiewende, online: <http://www.lpb-bw.de/energiewende.html>.

Lüdemann, Volker (2011) Für eine bessere Aufsicht im Stromhandel, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 130 (Dez. 2012), S. 43 – 47.

Monopolkommission (2010) Strom und Gas 2009: Energiemärkte im Spannungsfeld von Politik und Wettbewerb, Sondergutachten 54, o.O.

Ockenfels, Axel (2007) Strombörse und Marktmacht, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, 57. Jg., Heft 5, S. 44 – 58.

Reisel, Daniela (2007) Fundamentalistisch induzierte Krisen am Beispiel ausgewählter Fälle: Analyse, Prognose und Handlungsempfehlungen, Norderstedt.

Schwägerl, Christian (2011) Töpfer und Co. Wollen Atomausstieg bis 2021, in: Spiegelonline, online: www.spiegel.de.

Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen
-
- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
- 2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch
- 2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht
- 2008 – 4 Backhaus, Jürgen - Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?
- 2008 – 5 Ahrens, Joachim - Transition towards a Social Market Economy? Limits and Opportunities
- 2008 – 6 Wrobel, Ralph - Sonderwirtschaftszonen im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme: ordnungspolitisches Konstrukt oder Motor institutionellen Wandels?
-
- 2009 – 1 Wrobel, Ralph - The Double Challenge of Transformation and Integration: German Experiences and Consequences for Korea
- 2009 – 2 Eerma Diana; Sepp, Jüri - Estonia in Transition under the Restrictions of European Institutional Competition
- 2009 – 3 Backhaus, Jürgen - Realwirtschaft und Liquidität
- 2009 – 4 Connolly, Richard - Economic Structure and Social Order Type in Post-Communist Europe
- 2009 – 5 Dathe, Uwe – Wie wird man ein Liberaler? Die Genese der Idee des Leistungswettbewerbs bei Walter Eucken und Alexander Rüstow
- 2009 – 6 Fichert, Frank - Verkehrspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft
- 2009 – 7 Kettner, Anja; Rebien, Martina – Job Safety first? Zur Veränderung der Konzessionsbereitschaft von arbeitslosen Bewerbern und Beschäftigten aus betrieblicher Perspektive
- 2009 – 8 Mulaj, Isa – Self-management Socialism Compared to Social Market Economy in Transition: Are there Convergent Paths?

- 2009 – 9 Kochskämper, Susanna - Herausforderungen für die nationale Gesundheitspolitik im Europäischen Integrationsprozess
- 2009 – 10 Schäfer, Wolf – Dienstleistungsökonomie in Europa: eine ordnungspolitische Analyse
- 2009 – 11 Sepp, Jüri – Europäische Wirtschaftssysteme durch das Prisma der Branchenstruktur und die Position der Transformationsländer
- 2009 – 12 Ahrens, Joachim – The politico-institutional foundation of economic transition in Central Asia: Lessons from China
- 2009 – 13 Pitsoulis, Athanassios; Siebel, Jens Peter – Zur politischen Ökonomie von Defiziten und Kapitalsteuerwettbewerb
-
- 2010 – 01 Seliger, Bernhard – Theories of economic miracles
- 2010 – 02 Kim, GiEun - Technology Innovation & Green Policy in Korea
- 2010 – 03 Reiljan, Janno - Vergrößerung der regionalen Disparitäten der Wirtschaftsentwicklung Estlands
- 2010 – 04 Tsahkna, Anna-Greta, Eerma, Diana - Challenges of electricity market liberalization in the Baltic countries
- 2010 – 05 Jeong Ho Kim - Spatial Planning and Economic Development in Border Region: The Experiences of Gangwon Province, Korea
- 2010 – 06 Sepp, Jüri – Ordnungspolitische Faktoren der menschlichen Entwicklung
- 2010 – 07 Tamm, Dorel - System failures in public sector innovation support measures: The case of Estonian innovation system and dairy industry
- 2010 – 08 Clapham, Ronald - Wirtschaftswissenschaft in Zeiten der Globalisierung
- 2010 – 09 Wrobel, Ralph - Geldpolitik und Finanzmarktkrise: Das Konzept der „unabhängigen Zentralbank“ auf dem ordnungspolitischen Prüfstand
- 2010 – 10 Rutsch, Andreas; Schumann, Christian-Andreas; Wolle, Jörg W. - Postponement and the Wealth of Nations
- 2010 – 11 Ahrens, Joachim; Jünemann, Patrick - Transitional Institutions, Institutional Complementarities and Economic Performance in China: A 'Varieties of Capitalism' Approach
- 2010 – 12 Kolev, Stefan; Der bulgarische Weg seit 1989, Wachstum ohne Ordnung?
-
- 2011 – 1 Wrobel, Ralph – Energiewende ohne Markt? Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor

Herausgeber:

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de